

07.06.2013

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung ist ein milliardenschwerer Segen für die Städte und Gemeinden in unserem Land. Das ist das Fazit der Antwort auf unsere Große Anfrage zur Lage der Kommunen. Wir haben in den vergangenen vier Jahren eine einmalige und bisher nicht dagewesene Leistungsbilanz erarbeitet, die sich positiv durch alle Politikbereiche zieht. Ganz im Sinne der Subsidiarität misst die Bundesregierung der kommunalen Selbstverwaltung ein großes Gewicht bei. Grundvoraussetzung dafür sind solide Finanzen. Daher war die deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen uns und gerade mir persönlich als ehemaligem Bürgermeister so wichtig. Deswegen übernimmt der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter in der Höhe von ca. 4,5 Milliarden Euro. Den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fördert die Bundesregierung mit 5,5 Milliarden Euro und leistet den Ländern damit eine unschätzbare Hilfe. Hinzu kommt, dass künftig die kommunalen Spitzenverbände noch besser in bundespolitische Entscheidungen eingebunden werden. Schließlich sorgt auch die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes für einen Finanzierungsüberschuss der Kommunen, die im vergangenen Jahr erstmals seit 2008 wieder mehr eingenommen als ausgegeben haben, und zwar bundesweit 1,797 Milliarden Euro. Der Bund steht zu seiner Verantwortung für die Kommunen. Wenn diese trotz der umfangreichen Zuschüsse und Lastenübernahmen durch den Bund weiterhin Probleme bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz oder den Kommunalfinanzen haben, liegt dies an Versäumnissen der Länder. Wir fordern, dass unsere Hilfen uneingeschränkt bei den Kommunen ankommen. Es ist alarmierend zu sehen, dass immer mehr Kommunen Verwaltungsklagen gegen ihre Landesregierungen einlegen müssen, weil sie sich unfair behandelt sehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Unterstützer gesucht Neue Rubrik auf meiner Homepage

Wie bereits im vergangenen Bundestagswahlkampf bin ich auch dieses Mal auf breite Unterstützung angewiesen. Keiner kann eine Wahl alleine gewinnen, daher gibt es wieder die Rubrik : „Ich unterstütze Andreas Mattfeldt, weil...“.

Ich freue mich über zahlreiche Einträge und bin schon sehr gespannt auf die dort genannten Gründe. Es haben sich schon viele eingetragen und ich hoffe auf zahlreiche weitere Unterstützer.

Anders als vor vier Jahren kann ich nun bereits auf eine Legislaturperiode im Deutschen Bundestag zurückblicken. In dieser Zeit habe ich für meinen Wahlkreis Osterholz-Verden in Berlin eine Menge bewegen können.

Bei der kommenden Bundestagswahl im September will ich meinen Wahlkreis erneut direkt gewinnen, also mitmachen und eintragen unter www.andreas-mattfeldt.de. Und so sieht das Formular aus:

Sie unterstützen, bzw. wählen Andreas Mattfeldt?
Wir möchten Ihnen die Möglichkeit geben, Ihre Meinung bekannt zu geben und der Öffentlichkeit mitzuteilen, aus welchem Grund Sie Andreas Mattfeldt unterstützen!

Name	<input type="text"/>	*
Wohnort	<input type="text"/>	*
Beruf	<input type="text"/>	
Geburtsdatum	<input type="text"/>	
Emailadresse	<input type="text"/>	*
Ich unterstütze Andreas Mattfeldt, weil...		
<input type="text"/>		

Um Ihren Beitrag noch persönlicher zu gestalten, bieten wir Ihnen zusätzlich die Möglichkeit ein Profilbild mit Ihrem Beitrag zu verbinden.

Bitte beachten Sie die maximale Dateigröße von 512 Kilobyte.
Das Bild wird im Anschluss automatisch verkleinert.

Ihr persönliches Bild

[Jetzt als Unterstützer eintragen!](#)

Gesetzentwurf für Erdgasförderung auf kommende Wahlperiode vertagt

Die vorliegende Gesetzesinitiative, die die neue rechtliche Rahmenbedingungen für die Erdgasförderung und das sogenannte Fracking vorsah, muss leider auf die kommende Wahlperiode vertagt werden. Es hat in der Unionsfraktion dafür keine Mehrheit gegeben, da große Teile meiner Fraktion – wie ich selbst – ein Verbot für das Einbringen von wassergefährdenden Stoffen in das Erdreich gefordert haben. Allerdings hat der Koalitionspartner FDP dieses Verbot blockiert. Für weitere Einigungsversuche bleibt uns keine Zeit mehr, denn die Gesetzesinitiative hätte in dieser Woche spätestens in den Bundestag eingebracht werden müssen, um noch rechtzeitig vor der Sommerpause verabschiedet werden zu können.

In der gestrigen Fraktionssitzung, in der ich mich auch zu Wort gemeldet habe, wurde ganz klar betont, dass die CDU/CSU-Fraktion wei-



terhin ein Verbot des Einbringens von wassergefährdenden Stoffen in das Erdreich für einen noch zu benennenden Zeitraum fordert. Für uns in der Region wäre es sehr wichtig gewesen, die in der Gesetzesinitiative formulierten Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erdgasförderung umzusetzen – natürlich am besten mit einem Verbot. Das ist anders als in Regionen, in denen noch kein Erdgas gefördert wird und auch daher keine Probleme aufgetreten sind. Die Gesetzesinitiative habe ich gemeinsam mit 80 Unionskollegen so verschärft, dass damit eine Verpressung von Lagerstättenwasser in Wasserschutzgebieten verboten worden wäre, eine Umweltverträglichkeitsprüfung für sämtliche Erdgasförderprojekte vorgeschrieben worden wäre und die zuständigen Wasserbehörden und damit die Kommunen mit einem

Veto-Recht ausgestattet worden wären. Außerdem war eine Klarstellung des Bergschadensrechts vorgesehen, die den vom Erdbeben Betroffenen hätte helfen können. Ich bedauere es sehr, dass der Koalitionspartner hier so massiv blockiert hat.

Derzeit liegt im Bundestag ein Gesetzentwurf der Grünen vor, der ein Moratorium für sämtliche Fracking-Vorhaben vorsieht. Diesem Gesetzentwurf werde ich zustimmen, sollte er noch vor der Sommerpause im Plenum zur Abstimmung stehen. Allerdings löst dieser die Probleme, die bei uns in der Region aufgetreten sind, überhaupt nicht. Denn in ihm wird lediglich das sogenannte Fracking verboten. Fracking ist weder bei

den Unfällen der letzten Zeit, noch bei dem letzten Erdbeben das Problem gewesen. Ich frage mich allerdings, ob der Gesetzentwurf der Grünen bewusst so spät eingebracht wurde, dass es wohl kaum noch möglich sein wird, ihn in der bis zur Sommerpause noch verbleibenden Zeit zu verabschieden. Hat hier vielleicht sogar das Land Niedersachsen interveniert, um zu verhindern, dass ein derartiger Gesetzentwurf zur Abstimmung im Bundestag gebracht wird? Immerhin hat sich die niedersächsische rot-grüne Landesregierung schon ganz offensichtlich von ihren Forderungen nach einem Moratorium, das im Wahlkampf massiv gefordert wurde, bereits verabschiedet. Im niedersächsischen Koalitionsvertrag finde ich keine entsprechende Verankerung und nach der üblichen Schonfrist von 100 Tagen, kann ich bis jetzt noch keine Umsetzung eines Moratoriums durch Rot-Grün erkennen.

Geschwisterkinder besuchen Bundestag

In dieser Woche haben mich Marlies Winkelheide und eine Gruppe Jugendlicher in Berlin besucht. Frau Winkelheide ist seit vielen Jahren in der Jugendarbeit aktiv und engagiert sich für Geschwister behinderter Kinder. Ich bin schon vor einiger Zeit auf ihre Arbeit aufmerksam geworden und stehe seitdem in regelmäßigem Austausch mit ihr. Nun hat sie mit sieben Jugendlichen einen Tagestrip in den Bundestag unternommen. Als zuständiger Haushälter konnte ich bereits erreichen, dass Frau Winkelheide in ihrer Arbeit mit Mitteln aus dem Bundesfamilienministerium unterstützt wird.



Natürlich haben wir auch einen Rundgang durch den Reichstag unternommen. Ein Punkt ist dabei stets das „Archiv der Abgeordneten“, ein Kunstwerk, das wie ein Archiv Boxen mit den Namen aller zwischen 1919 und 1999 demokratisch gewählten Abgeordneten enthält. Frau Winkelheide, selbst Tochter eines ehemaligen MdB, hat dabei die Box ihres Vaters entdeckt. Sie war sich bisher nicht bewusst, dass es ein solches Werk im Reichstag gibt – dementsprechend bewegend war dieser Moment für sie, aber auch für die Jugendlichen und mich.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range